

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0331/2011
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Jugendhilfeausschuss	05.07.2011	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.05.2011 - öffentlicher Teil

Inhalt der Mitteilung

Eine Berichterstattung zu den Tagesordnungspunkten A 1 bis A 6 ist nicht erforderlich.

Zu A 7: Festlegung der Familienzentren, die sich im Betreuungsjahr 2011/2012 um die Zertifizierung bewerben können

Das zuständige Landesministerium hat keine Ausweitung der Familienzentren genehmigt. Die Familienzentren werden erst mit der Änderung des KiBiz 2. Teil zum Kindergartenjahr 2012/2013 erweitert.

Zu A 8: Beteiligungsprojekte in der Jugendhilfe aus dem Jahr 2010

Es wurde kein Beschluss gefasst. Die zugesagte Auswertung konnte aus Zeitgründen nicht erstellt werden.

Zu A 9: Fachliche Entwicklungen in der Abteilung Hilfe für junge Menschen und Familien seit 2008

Dieser Punkt steht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Zu A 10: Anträge der Fraktionen

Zu A 10.1: Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.03.2011 zur Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern

Es wird beschlussgemäß verfahren.

Zu A 10.2: Resolution zum bundesgesetzlichen Verbot von Außenwerbung für Suchtmittel und Glücksspiel

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 10.05.2011

Der Rat hat in seiner Sitzung am 31.05.2011 die Resolution einstimmig wie vom Jugendhilfeausschuss empfohlen beschlossen. Die Resolution wird kurzfristig weitergeleitet.

Zu A 11: Anfragen der Mitglieder

Herrn Kleins Anliegen wird durch die Vorbereitung der **Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege** Rechnung getragen, die in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses eingebracht wird.

Herrn Dr. Bernhauser wurde ein schriftlicher Zwischenbescheid erteilt, der in Kopie beigelegt ist.

Zur Anfrage Herrn Kikols im Zusammenhang mit der OGATA wird mitgeteilt, dass keine Entscheidung der Landesregierung über die Erhöhung der zur Auszahlung kommenden Mittel vorliegt und sich daher eine Vorlage erübrigt.

Zusagegemäß werden die geänderten Regelungen zur Amtsvormundschaft in der Präsentation Herrn Haas' berücksichtigt (→ Anfrage Herrn Schnörings).

Im Übrigen wurden die Anfragen mündlich beantwortet. Zum interfraktionellen Arbeitskreis zur Änderung der Elternbeitragsatzung wird auf einen Antrag der SPD-Fraktion verwiesen, der auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht.